

Green New Deal

Fassadenbegrünung oder
neuer Gesellschaftsvertrag?



Inhaltsverzeichnis

Vorverhandlung

Einstiege 12

Business as unusual

Revival eines Begriffs 18

Zur Entstehungsgeschichte des Green New Deal

Von Nora Löhle

Deal für eine echte Transformation? 24

Zwischen ökologischer Modernisierung und radikalem Wandel

Von Tobias Kalt und Helen Sharp

Gekoppelt wird ein Schuh draus 31

Green New Deal versus Degrowth

Von Elena Hofferberth und Matthias Schmelzer

Die multiple Krise als Chance 39

Die Umwelt- und Naturschutzverbände und der Green New Deal

Von Olaf Bandt

Verständigungsprozesse

Dasselbe in Grün 46

Weltweiter Ressourcenverbrauch und -abbau

Von Michael Reckordt

- 53 Bloß nicht auf der Strecke bleiben**
Für einen Green New Mobility Deal
Von Jutta Deffner und Melina Stein
- 59 „So ein New Deal ist nicht green“**
Klimafreundliches Bauen und bezahlbares Wohnen
Ein Interview mit Daniel Fuhrhop
- 63 Wo ein Wille, da ein Weg**
Revitalisierung der Bürgerenergieende
Von Krisztina André und Malte Zieher
- 69 „Den Kapitalismus auf die Probe stellen“**
Arbeit und Dekarbonisierung der Wirtschaft
Ein Interview mit Klaus Dörre
- 75 Der Widerspenstigen Zähmung steht noch aus**
Die Neuordnung des Finanzsystems
Von Daniel Mittler
- Pakt für die Zukunft**
- 82 Business as usual**
Die Geschlechterblindheit des Green New Deal
Von Christine Bauhardt
- 88 Wer mit wem, was und warum auch nicht?**
Neue Allianzen für die sozialökologische Transformation
Von Joachim H. Spangenberg
- 95 „Mehr an einem Strang ziehen“**
Politische Umsetzung des Green New Deal
Ein Interview mit Dieter Plehwe
- 100 Löscht die Brandherde!**
Der Green New Deal als globales transformatives Projekt
Von Gabriele Köhler

Impulse

Projekte und Konzepte 106

Medien 111

Spektrum Nachhaltigkeit

Der Preis ist heiß 116
 Ein Plädoyer für ökologische Abgaben
Von Michael Kaiser und Deniz Ertin

Ein schmutziges Geschäft 120
 Seeschifffahrt und Welthandel
Von Lia Polotzek

Der überforderte Mensch 124
 Warum wir in der Ökokrise scheitern
Von Andreas Meißner

Rubriken

Editorial 7

Inhalt 9

Impressum 128

Vorschau 129

Für die gedeihliche Zusammenarbeit und die finanzielle Unterstützung danken wir dem Wissenschaftlichen Beirat des BUND.



Bund für
 Umwelt und
 Naturschutz
 Deutschland

Neue Allianzen für die sozialökologische Transformation

Wer mit wem, was und warum auch nicht?

Sinkende Gewinnmargen, stagnierende Einkommenszuwächse, Klima- und Biodiversitätskrise – die Bundesrepublik steuert auf Konflikte zu, wie es sie seit ihrer Gründung nicht gegeben hat. Einen können die pluralistische Gesellschaft im Kampf um eine gerechte Zukunft ein bindendes Narrativ und kontinuierlicher Dialog.

Von Joachim H. Spangenberg

— Wenn Ursula von der Leyen als konservative deutsche Ex-Verteidigungsministerin und Yanis Varoufakis als sozialistischer griechischer Ex-Finanzminister beide öffentlich einen Green New Deal (GND) fordern, dann meinen sie ganz sicher nicht dasselbe. Will man sich eine Meinung bilden, ob ein GND wünschenswert, verzichtbar oder gar – eine englische Idee – schlechter als gar kein Deal ist, muss man sich die verschiedenen Produkte ansehen, die heute unter diesem Label angeboten werden.

Von der Leyens Vorschlag steht in einer langen Tradition: vom „qualitativen Wachstum“ der 1970er-Jahre über die „ökologische Modernisierung“ der 1990er-Jahre, das „grüne Wachstum“ der 2000er-Jahre bis zu Radermachers „Global Marshall Plan“ und Ralf Fücks' GND als Reaktionen auf die Weltfinanzmarktkrise ab 2009. Es geht um eine doppelte Abkopplung. Einerseits soll das als notwendig betrachtete ständige Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch und andererseits der Ressourcenverbrauch und die dadurch erzeugten Umweltschäden entkoppelt werden. Das ist seit einigen Jahren auch die offizielle Position der EU, von Kommission,

Rat und Parlament. Diese Form von GND ist die Fortführung neoliberaler Politik mit anderen Mitteln und somit eigentlich ein Missbrauch der Bezeichnung GND, die den Diskussionen der Demokratischen Partei in den USA entlehnt ist (vgl. S. 18 ff.) – insofern ist die offizielle Bezeichnung „European Green Deal“ statt GND sachgerecht. Noch sind nicht alle Einzelheiten bekannt, aber das versprochene Klimagesetz, das in der zweiten Jahreshälfte 2020 zur deutschen Präsidentschaft erwartet wird, muss wohl vage bleiben – Polen, Ungarn und die Slowakei sperren sich gegen das Ziel der Klimaneutralität bis 2050, und die notwendige Reduktion der Klimagasemissionen um 55 Prozent bis 2030 hat auch Deutschland bisher nicht unterschrieben. Immerwährendes Wirtschaftswachstum als Mantra, Vertrauen in die Selbstregulationskräfte des Marktes und die auch sozial optimalen Lösungen, die von ihnen erwartet werden, das Sichverlassen auf technische Problemlösungen, minimale Staatseingriffe in die Wirtschaft, aber eine Top-down-Politikgestaltung, in der die Zivilgesellschaft keine Rolle spielt – das alles finden wir im Klimaprogramm der Bundesregierung, in Frankreich, im Vereinigten Königreich, in Italien. Zwar soll der GND auch Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt und der Umweltqualität enthalten, aber dass die angekündigten Reformen der Agrarpolitik und der Rohstoffwirtschaft erfolgreich sein werden, ist bisher nur Hoffnung, nicht Gewissheit. Die soziale Dimension bleibt zudem bis auf den „Just Transition Fund“ in der Hand der Mitgliedsstaaten, bei denen bisher wenig Bereitschaft zu einem grundsätzlichen Wandel erkennbar ist.

Progressiv versus konservativ

Die Ahnengalerie des GND von Varoufakis und anderen ist weniger prominent besetzt, dafür aber aktueller: Dieser GND entstand als Antwort auf die gleichzeitige soziale, ökologische, ökonomische und institutionelle Krise in den USA nach der Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten. Ökologisch geht es hier vor allem um wirksamen Klimaschutz (der Verlust der biologischen Vielfalt kommt noch etwas zu kurz), sozial um Gerechtigkeit und um die Einrichtungen des Wohlfahrtsstaats, also ausreichende Renten, Arbeitslosengeld, Krankenversicherung für alle und freien Zugang zu höherer Bildung. Ökonomisch geht es um Arbeitsplatzsicherheit, also Kündigungsschutz und Mitbestimmung, und institutionell um die Demokratisierung der

„Während der konservative Green New Deal im Wesentlichen den Status quo mit grünen Ergänzungen fortschreiben will, ist der progressive Green New Deal ein Krisenbewältigungsprogramm.“

Gesellschaft, Bürger(innen)mitwirkung an Entscheidungen in Kommune und Staat. Während der konservative GND im Wesentlichen den Status quo mit grünen Ergänzungen fortschreiben will, ist der progressive GND ein Krisenbewältigungsprogramm – und damit nur für diejenigen attraktiv, die die gegenwärtige Situation als krisenhaft wahrnehmen. Das ist bei sozialen Bewegungen fast durchgehend der Fall, auch wenn sich das Interesse naturgemäß auf die unterschiedlichen Teile eines GND fokussiert, die mit dem Tätigkeitsschwerpunkt und der Motivation der jeweiligen Institution korrelieren.

Die Fronten sind starr, aber nicht unveränderlich. Die Hegemonie des Wachstumsfetischismus beginnt zu bröckeln (vgl. S. 31 ff.). Wie nicht anders zu erwarten, wenn es um die Ablösung eines hegemonialen Weltbildes geht, erfolgt so ein Prozess langsam und unregelmäßig. Wenn konservative Ökonom(inn)en sich auf Strategien einer vorsorgeorientierten Postwachstumspolitik einlassen, dann nicht, weil sie einen Umsturz wollen – sie verlieren nur allmählich das Vertrauen darin, dass sie mit der Fortsetzung der bisherigen Politik in der Lage sind, ihre Versprechen einzuhalten.

Wenn in der Verkehrskommission der Bundesregierung, die Beiträge zum Klimaschutzgesetz vorbereiten sollte, Umweltverbände, Bahnfreunde und -freundinnen und die Bahn selbst zusammen mit Gewerkschaften und Verbraucher(innen)verbänden gemeinsame Konzepte zur Stärkung des schienengebundenen und des nicht-motorisierten Verkehrs vorlegen, zusammen mit finanziellen Anreizmechanismen zum Umstieg von großen auf kleine Elektro-Pkw, und wenn diese Konzepte auch noch, vom größten Autokonzern VW unterstützt, eine Mehrheit in der Kommission

haben, dann bedarf es schon des beherzten Eingreifens des Bundesverkehrsministers, um die schlimmsten Folgen von Partizipation, Demokratie und Lernfähigkeit in Schach zu halten und den Vorschlägen der Gegenseite (andere Autokonzerne wie BMW und Daimler, der Verband der Automobilindustrie sowie die Mineralölwirtschaft) von biomassebasierter Benzinersatz-Produktion ein Überleben zu sichern. Inzwischen stehen für solche Ideen Milliarden Fördermittel der deutschen und europäischen Bioökonomie-Programme bereit. Der CSU-Minister bröckelt nicht. Und dass neue Mobilität nicht nur andere Antriebe und kleinere Autos, sondern vor allem weniger Fahrzeuge bedeutet (vgl. S. 53 ff.), war alles, nur kein Konsens. Andernorts bröckeln die Lock-ins, die über allzu lange Jahre Lernfähigkeit blockiert haben. Hier geht die Erosion des hegemonialen Dogmas weiter, oft aus Enttäuschung über die Nichteinhaltung seiner Versprechen: Soziale Probleme lassen sich eben nicht technisch lösen. An die Selbstregulierungskräfte der Märkte glauben nur noch Menschen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten zur Verleugnung aller Erfahrungen. Meist beflügelt sie eine Mischung aus Ideologie und Eigeninteresse in unterschiedlichen Dosierungen, so beispielsweise der Fall bei Parlamentarier(inne)n, die für Banken zuständig sind.

Zwischen Empörung und Enttäuschung

Ein Kaiser, dessen neue Kleider von Jugendlichen als Fake entlarvt wurden (Clothing4Future?), zieht sich nicht einfach beschämt zurück, er wehrt sich und kämpft um seine Position. Im politischen Berlin scheint sich das darin zu zeigen, dass sich die Fronten zwischen den Status-quo-Bewahrer(inne)n einerseits und den Umdenker(inne)n andererseits seit der Wachstums-Enquete von 2013 nicht etwa durch Dialoge gelockert, sondern durchgehend verhärtet haben. Nur in einer solchen Situation konkurrierender statt integrierender Diskurse ist es erklärbar, wie die Bundesregierung sich trauen kann, ein so tief enttäuschendes Klimapakete am Abend der größten Klimademonstration in Deutschland am 20. September 2019 vorzulegen. Ein Paket, das es nicht nur nicht schafft, die deutschen Klimaziele zu erreichen, sondern zudem auch noch Belastungen für untere Einkommensschichten enthält, während die Besserverdienenden geschont werden (und die wenigen hochgelobten Errungenschaften gingen dann wenige Tage später bei der Vorlage

des Klimagesetzes auch noch über Bord). Wenn dann noch die Vertreter(innen) eines Koalitionsbündnisses darüber spürbar stolz sind, was sie der anderen Koalitionspartei abgehandelt haben, dann ist offensichtlich sowohl der Maßstab für das politisch Notwendige abhandengekommen, wie auch die Beziehung zu den realen gesellschaftlichen Diskursen.

Was die Mehrheit der Bevölkerung will, interessiert nicht, solange sich Abgeordnete, Ministeriale und Lobbyistinnen einig sind und die Ex-Klimakanzlerin nicht die Kraft hat, ihrer Partei mehr abzuverlangen (und nicht den Mut, es wenigstens zu versuchen). Das hat in der deutschen politischen Kultur insofern eine gewisse Grundlage, als hier – anders als in Frankreich – nach einer Großdemonstration mit über einer Million Teilnehmer(inne)n, die von der Regierung ignoriert wird, egal ob unter Merkel oder Schröder – nicht mobilisierende Empörung einsetzt, sondern demobilisierende Enttäuschung. In der Folge wurden dann ungeliebte Entscheidungen hingenommen und letztlich akzeptiert. Wenn die Trends der ersten Wochen nach den Klimabeschlüssen sich fortsetzen, könnte das Kalkül diesmal jedoch nicht aufgehen, nicht zuletzt, weil die Formulierung der Klimafrage eine nach Generationengerechtigkeit ist. Sie spricht den traditionellen Hegemon(inn)en a priori die Antwortkompetenz ab. Und die Jugendlichen zeigen sich manchmal geradezu erfrischend unangepasst an die politische Kultur.

Vereint dagegen – aber wofür?

Die Einsicht wächst, dass auf die Versprechungen des neoliberalen Dogmas kein Verlass ist. Auch die Grundlagen des »grünen« Wachstums erweisen sich beim näheren Hinsehen als wenig belastbar: Eine Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Umweltbelastung ist noch nirgendwo dauerhaft und hinreichend stark gelungen, um die Klima- und Biodiversitätskrise in den Griff zu bekommen (zur Erinnerung: Die Szenarien des Weltklimarates IPCC zur Einhaltung des 1,5-Grad-Ziels beinhalten eine schrumpfende Wirtschaftsleistung in China und weiten Teilen Europas). Es schließt sich die Zange: Wir können anscheinend ständiges Wirtschaftswachstum weder schaffen, noch es uns auch weiter wünschen. Was bleibt, ist die Gesellschaft fit zu machen für eine Postwachstumsökonomie, das heißt, die gesellschaftlichen Institutionen von fortgesetztem Wirtschaftswachstum unabhängig zu

„ An die Selbstregulierungskräfte der Märkte glauben nur noch Menschen mit außergewöhnlichen Fähigkeiten zur Verleugnung aller Erfahrungen. Meist beflügelt sie eine Mischung aus Ideologie und Eigeninteresse in unterschiedlichen Dosierungen. “

machen. Das erfordert neue Politikziele, eine andere Steuerbasis zur Finanzierung öffentlicher Leistungen in Gesundheit, Bildung, Pflege und Rente, neue Verteilungsschlüssel für den erwirtschafteten Mehrwert zwischen Arbeit, Kapital und öffentlicher Hand. Zudem muss sich jeder dieser Bereiche selbst transformieren: Arbeit muss gute Arbeit werden, mit ausreichendem Mindesteinkommen und Arbeitszeitverkürzung (vgl. S. 69 ff.), Kapital muss seine Sozialpflichtigkeit (und dazu gehört heute die Umwelt) wiederentdecken, die öffentliche Hand muss zum Partner der Zivilgesellschaft und des Ehrenamtes werden (vgl. S. 39 ff.). Und alle zusammen müssen Lösungen finden, wie sich eine physische Verschlankung der Wirtschaft und Suffizienz für eine gute Lebensqualität miteinander vereinbaren lassen. Es geht um die elementaren materiellen Interessen der Beteiligten – die Gewinnmargen der Unternehmen werden sinken, lebenslange Einkommenszuwächse sind nicht mehr zu erwarten und die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen wird das private Besitzdenken verdrängen müssen. Das sind Konflikte, wie sie die Bundesrepublik seit ihrer Gründung nicht erlebt hat, und sie werden mit harten Bandagen geführt werden. Nicht alle für einen GND relevanten Gruppen werden dabei immer auf derselben Seite stehen – das ist in einer pluralistischen Gesellschaft normal. Was notwendig ist, sind informelle Dialogforen, Orte des ständigen Austauschs. Die Arbeitsformen und Aktionsmodi der Gruppen – von Umwelt-, Friedens- und Frauenbewegungen, Jugend (nicht nur Fridays for Future), Gewerkschaften, nachhaltigkeitsorientierten Start-ups, technikkritischen Nerds – sind so unterschiedlich,

dass eine Zusammenarbeit immer nur punktuell und oft in wechselnden Konstellationen möglich sein wird. Aber der permanente Dialog ist notwendig, um eben diese Punkte und Möglichkeiten rechtzeitig zu erkennen und zum gegenseitigen Nutzen zu erfassen. An dieser Stelle kann ein GND-Narrativ einen gemeinsamen Bezugspunkt bieten und damit der Ausgangspunkt für Kooperationen sein, bei denen zum Beispiel Umweltverbände die Idee sozialer Gerechtigkeit befürworten und, ohne hier mangels Sachkunde ins Detail gehen zu können, die Positionen von Sozialverbänden und Gewerkschaften unterstützen. Umgekehrt können sich Sozialverbände für die Klimaforderungen von Umweltverbänden einsetzen, ohne selbst im Detail fachkundig zu sein. Das gemeinsame Band eines Narrativs, das mit der Praxis wächst, solider wird und die Diversität der Agierenden widerspiegelt, kann das Einbringen komplementärer Kompetenzen in gemeinsame Stellungnahmen erleichtern. _____



Auf welchen Deal lassen Sie sich nicht (mehr) ein?

Auf Fortschritte, die das Ziel nicht erreichen, und Politik-Pakete mit schöner Verpackung, deren Inhalt stinkt.

Zum Autor

Joachim H. Spangenberg, geb. 1955, ist Biologe, Ökologe und Volkswirt. Er ist stellvertre-

tender Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats sowie Sprecher des Bundesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen beim BUND.

Kontakt

Dr. Joachim H. Spangenberg
Bund für Umwelt und Naturschutz
Deutschland e.V. (BUND)
Friends of the Earth Germany
E-Mail joachim.spangenberg@bund.net